



Nur in den sogenannten Bananen-Republiken ist es bislang üblich, daß Staatsoberhäupter sichtbar von Maschinenpistolen beschützt werden (siehe den Diktator Jean-Claude Duvalier von Haiti, Bild unten, der bei seiner ersten Truppeninspektion 1971 von dem Oberst Jacques Garcia mit Pistole in der linken und MP in der rechten Hand begleitet wurde). Bundespräsident Walter Scheel durchbrach die unter westlichen Staats- und Regierungschefs bis heute geltende Regel, als er am 19. September in der Hansestadt

Hamburg den 23. Weltkongreß des Internationalen Gemeindeverbandes begrüßte. Sogar im geschlossenen Raum des Congress Centrum wurde er, siehe Bild oben, von Beamten der Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes (GSG 9) mit schußbereiter Maschinenpistole abgesichert. Scheel wandte sich in seiner Rede gegen „unverantwortliche Kritik“ seitens des Auslandes. Diese oft unverantwortliche Kritik richtet sich nicht zuletzt gegen den ebensooft unverständlichen deutschen Perfektionismus in Sachen der inneren Sicherheit.

fordern sie ein atomares Moratorium: „Mit dem Bau weiterer Kern-Kraftwerke darf erst begonnen werden, wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein Entsorgungszentrum erteilt ist“ (siehe auch Seite 63).

Dankbar hieb die Opposition in die Kerbe. CDU-MdB Heinz Riesenhuber, energiepolitischer Sprecher seiner Partei, bezeichnete den Antrag des SPD-Vorstands als „Angriff auf ein Kernstück der Politik des Bundeskanzlers“. Und für den um schnelle Urteile nie verlegenen Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Philipp Jenninger, stand fest, einige Sozialdemokraten hätten „jetzt auch noch den letzten Rest politischer Vernunft“ verloren.

Was die Union genüßlich anprangerte und was sich zum offenen Konflikt zwischen dem Kanzler und seiner Partei ausweiten könnte, erweist sich bei genauer Prüfung freilich als der Versuch, zwischen den Gegnern und Befürwortern des Atomstroms zu vermitteln.

Um die Kompromißformel zu erreichen, wurde mit hohem Einsatz gespielt. Seiner kritischen Gefolgschaft zuliebe ließ es der baden-württembergische SPD-Chef Erhard Eppler, seit über einem Jahr Wortführer eines gemäßigten Widerstands gegen zuviel Atomstrom, sogar zu Kampfabstimmungen im Vorstand kommen.

Forschungsminister Hans Matthöfer hatte einen Antragsentwurf formuliert, nach dem — analog zur Regierungserklärung — mit dem Bau weiterer Kernkraftwerke erst begonnen werden darf, „wenn für sie die Entsorgung hinreichend sichergestellt ist“.

Eppler, dem diese Formulierung zu vage war, protestierte: „Es tut mir leid, ich kann da nicht mitmachen. SPD-Parteitage haben die Eigenart, daß sie wissen wollen, was sie beschließen.“ Mit 11:10 Stimmen verwarf der Vorstand den Matthöfer-Entwurf; auf der Verliererseite standen nicht nur Schmidt und sein Forschungsminister, sondern auch Eppler-Freund Brandt.

Der Frankfurter Ex-Oberbürgermeister Rudi Arndt präsentierte dann, nach Absprache mit Eppler, die neue Formel für die Errichtung zusätzlicher Reaktoren: Gebaut werden soll erst, wenn die Behörden den Start für die umkämpfte Mülldeponie in den niedersächsischen Salzstöcken freigeben — womit, wenn überhaupt, frühestens in drei bis vier Jahren zu rechnen ist.

Mit dieser verschärften Bedingung wollten die Antragsteller den harten Atomgegnern die Sorge nehmen, der brisante Atom Müll könne über längere Zeit provisorisch bei den Kraftwerken gelagert werden.

Die Kernkraftfreunde Schmidt und Matthöfer wiederum könnten sich, so hofften die Widerständler im Vorstand, damit trösten, daß angesichts langwie-